



## Presseschau vom 03.08.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

#### **Arthur Buchholz: Hurra! Die Demokratie wird im Indopazifik verteidigt**

Deutschland sucht den Platz an der Sonne. Im Schatten der Großmächte darf es auch ein bisschen mitfahren, wenn es in das Südchinesische Meer geht. Die Demokratie wird halt nicht mehr am Hindukusch verteidigt, sondern vor der Küste Chinas. ...

<https://kurz.rt.com/2lvt>

#### **Liudmila Kotlyarova: Wann wird „Sputnik V“ in Europa zugelassen? EMA antwortet einer „falsch“ Geimpften**

Geimpfte, Genesene, Ungeimpfte – Rechte und Freiheiten dieser Kategorien sind in Deutschland klar beschrieben. Doch es gibt auch eine Minderheit von eigentlich Geimpften – wie mir –, aber mit dem „falschen“ Impfstoff, „Sputnik V“. Ein eigener Fehler? Und – lohnt sich für diese Menschen noch das Warten auf eine Zulassung in der EU? Ein Kommentar. ...

<https://snanews.de/20210803/sputnik-v-in-europa-3061949.html>

#### **Ilona Pfeffer: Schwarzer Tag für Pressefreiheit: Assange-Vertrauter Craig Murray in Haft**

Am Sonntagmorgen musste sich der ehemalige britische Botschafter in Usbekistan und Assange-Vertraute Craig Murray der schottischen Polizei stellen. Wegen seiner Berichterstattung über den Prozess gegen den ehemaligen schottischen Regierungschef Alex

Salmond war Murray zu einer achtmonatigen Haftstrafe verurteilt worden. ...

<https://snanews.de/20210803/craig-murray-in-haft-3065701.html>

de.rt.com: **STIKO-Chef weist Lauterbachs Kritik zurück: Evidenz entscheidend, nicht politischer Druck**

Was Karl Lauterbach als eine "Außenseiterposition" titulierte, ist für die STIKO eine evidenzbasierte Position. Trotz des Beschlusses der Gesundheitsminister, die Corona-Impfungen bei den 12- bis 17-Jährigen voranzutreiben, lässt sich die STIKO nicht unter Druck setzen. ...

<https://kurz.rt.com/2lxx>

**abends/nachts:**

snanews.de: **Iran verspricht „entschlossene“ Reaktion auf mögliche Provokation im Öltanker-Vorfall**

Iran hat jede Beteiligung am jüngsten Angriff auf das Tankschiff „Mercer Street“ im Golf von Oman lautstark bestritten und erklärt, dass seine Reaktion auf eine mögliche Attacke seitens Israel „unverzüglich und entschlossen“ sein werde.

Tel Aviv hat Medienberichten zufolge die Zusage von Washington und London erhalten, eine entsprechende Antwort auf den Angriff, den sie dem Iran vorwerfen, vorzubereiten. Der israelische Ministerpräsident Naftali Bennet hat die internationale Gemeinschaft dazu aufgerufen, „dem iranischen Regime klar zu machen, dass es einen schwerwiegenden Fehler begangen habe“.

Der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Saeed Khatibzadeh, reagierte seinerseits auf Twitter: „Als Garant der Sicherheit am Persischen Golf verurteilt der Iran aufs Schärfste provokative und orchestrierte Erklärungen des Vereinigten Königreichs und der USA. Nachdem sie über wiederholte Terroranschläge auf iranische Schiffe geschwiegen haben, beschuldigen sie jetzt grundlos den Iran. Auf jedes Abenteuer gegen den Iran wird es eine unverzügliche und entschlossene Reaktion geben.“

Khatibzadeh betonte, dass der Iran ein Verteidiger und Unterstützer der Schifffahrtssicherheit im Golf und in allen internationalen Gewässern sei, und dass die Islamische Republik als das Land mit der längsten Seegrenze zum Golf immer dazu bereit sei, bei der Gewährleistung der Sicherheit mit anderen Ländern zusammenzuarbeiten.

Der Außenministeriumsvertreter wies darauf hin, dass die USA und Großbritannien, falls sie jegliche Beweise über den Angriff auf die „Mercer Street“ haben sollten, diese Informationen unverzüglich bereitstellen müssten.

Am vergangenen Donnerstag wurde der Öltanker „Mercer Street“ mit einer Drohne angegriffen. Das Schiff ist im japanischen Besitz und wird von der britischen Firma Zodiac Maritime verwaltet, die dem israelischen Milliardär Ejal Ofer gehört. Dies war der Grund für die Vorwürfe gegen den Iran. Ein Sprecher des iranischen Außenministeriums wies die Anschuldigung als grundlos zurück.



[https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/02/3056732\\_0:180:1920:1260\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_0e0aa76f3d4d17f1e04ebb071b33e913.jpg](https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/02/3056732_0:180:1920:1260_1920x0_80_0_0_0e0aa76f3d4d17f1e04ebb071b33e913.jpg)

### snaneews.de: **Nach Angriff auf Tanker „Mercer Street“: Iranischer Botschafter in britisches Außenamt einbestellt**

Der iranische Botschafter ist am Montag ins britische Außenministerium einbestellt worden, nachdem London und Washington Teheran eine Attacke gegen den Tanker „Mercer Street“ in der vergangenen Woche angelastet hatten. Das japanische Schiff wird von einer israelisch geführten Firma verwaltet.

„Der iranische Botschafter in Großbritannien ist heute ins Amt des Auswärtigen, des Commonwealth und der Entwicklung einbestellt worden. Das wurde als Antwort auf einen gesetzwidrigen Angriff auf ein Handelsschiff am 29. Juli vor Omans Küste getan, in dessen Folge ein britischer und ein rumänischer Staatsbürger getötet wurden“, hieß es beim britischen Außenministerium.

Laut der Behörde wurde der Botschafter des Irans, Mohsen Baharwand, vom stellvertretenden Außenminister für Nahost-Politik, James Cleverly, ins Ministerium geladen. Cleverly erklärte gegenüber dem iranischen Botschafter, dass Teheran „mit den Handlungen, die den internationalen Frieden und die Sicherheit bedrohen“, unverzüglich aufhören sollte. Der Vizeaußenminister betonte auch, dass Schiffen eine freie Fahrt in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht gewährt werden sollte.

Zuvor hatte der israelische Premierminister Naftali Bennett erklärt, dass der Iran hinter dem Angriff auf ein Schiff vor der Küste Omans stehe. Daraufhin sagte der amtliche Sprecher des iranischen Außenministeriums, Said Hatibzade (auch: Saeed Khatibzadeh), Teheran sei an dem Angriff auf das Schiff „Mercer Street“ nicht beteiligt gewesen.

Der britische Außenminister Dominic Raab teilte am Sonntag mit, dass London zusammen mit internationalen Partnern darauf hinarbeite, dem Iran eine abgestimmte Antwort auf den Angriff auf den Tanker „Mercer Street“ zu geben. Seinen Worten zufolge habe der Iran „höchstwahrscheinlich“ den Tanker „Mercer Street“ unter Einsatz eines oder von mehreren unbemannten Fluggeräten attackiert.

Später sagte US-Außenminister Antony Blinken, dass die USA auf der Basis der vorliegenden Informationen überzeugt seien, dass der Iran hinter der jüngsten Attacke gegen den Tanker „Mercer Street“ stehe.

Wie das Betreiberunternehmen „Zodiac Maritime“ am vergangenen Freitag mitteilte, sei der japanische Tanker „Mercer Street“ einem mutmaßlichen Piratenangriff im Indischen Ozean ausgesetzt gewesen. Berichten zufolge seien zwei Crewmitglieder ums Leben gekommen. Später habe die Besatzung das Schiff wieder unter ihre Kontrolle gebracht, und dieses habe sich in Begleitung der US-Navy in Bewegung gesetzt.

Die Associated Press unterstreicht, dass das unter liberianischer Flagge fahrende Schiff mit

dem israelischen Milliardär Eyal Ofer verbunden sei, dem „Zodiac Group“ gehört. Im Zentralkommando der US-Seestreitkräfte (CENTCOM) wird die Meinung vertreten, dass das Schiff nach vorläufigen Angaben von einer Drohne angegriffen worden sei.



[https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/02/3058080\\_0:160:3073:1888\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_a4d6494edc7f88dd4942b43a0bf13b13.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/02/3058080_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_a4d6494edc7f88dd4942b43a0bf13b13.jpg)

#### **dnr-sckk.ru: Durch Beschuss von Seiten der BFU wurden zwei Zivilisten verletzt**

Wie bereits mitgeteilt wurde, geriet **Kominternowo** im Süden der Republik unter Feuer von Seiten der BFU.

Infolge des Beschusses wurden zwei Zivilisten verletzt:

ein Frau, geb. 1964 – Splitterverletzung im Wirbelsäulenbereich und am linken Unterschenkel;

ein Mann, geb. 1963 – Splitterverletzung am linken Sprunggelenk.

Die Verletzten befinden sich im zentralen Bezirkskrankenhaus von Nowoasowsk, wo sie die notwendige ärztliche Behandlung erhalten, die Frau wurde im Bereich der Wirbelsäule operiert.

Die Versuche der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Wir merken an, dass die Verletzte nach ihren Angaben unmittelbar vor der Verletzung das Geräusch einer über ihrem Kopf fliegenden Drohne hörte und aus diesem Grund meint, dass sie infolge des Abwurfs eines Geschosses von einer Kampfdrohne des Gegners verletzt wurde. Die genauen Umstände des Geschehens werden noch untersucht.

#### **de.rt.com: Militante kurdische Gruppe übernimmt Verantwortung für Waldbrände in der Türkei**

Die radikale Initiative "Kinder des Feuers", die angeblich mit der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) zusammenarbeitet, hat sich zu den Waldbränden in der Türkei bekannt. In ihrer Erklärung heißt es, die Gruppe habe eine "Feuerrebellion" gegen die türkische Regierung ausgerufen.

Die radikale kurdische Initiative "Kinder des Feuers", die angeblich der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) nahesteht, hat die Verantwortung für die verheerenden Waldbrände im Süden der Türkei übernommen.

In der von dem kurdischen Portal Nûçe Ciwan veröffentlichten Erklärung der Gruppe heißt es, der Grund für die Brandanschläge seien "die faschistischen Türken, die in unser Land eingedrungen sind, es ausbeuten und unsere Natur zerstören, indem sie sie ausbrennen" und "Blut, Tod und Brutalität auf uns Kurden spucken":

"Sie werden unsere Wut und Rache in den brennenden Städten, im mit Asche und Rauch bedeckten Himmel, in den in Flammen versunkenen Bergen und Ebenen sehen."

Laut der Erklärung bestehe der Feind – gemeint ist die türkische Regierung – "trotz all unserer humanitären Ansätze" auf der Politik des Völkermords an den Kurden. Die Gruppe habe daher eine "Feuerrebellion" gegen die türkische Regierung ausgerufen.

Bezüglich des Verdachts, dass die Waldbrände auf menschliches Tun zurückzuführen sein könnten, sagte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan:

"Wir untersuchen die Ursachen der Waldbrände gründlich. Wenn es solche Verräter gibt, die ihr eigenes Mutterland in Brand setzen, werden sie streng dafür bestraft werden."

Die Waldbrände in den südlichen Provinzen der Türkei, wo sich die meisten Resorts des Landes befinden, dauern seit Mittwoch an. Sechs Menschen kamen dabei ums Leben, mehr als 400 wurden verletzt. Wegen der Brände wurden zahlreiche Touristen aus Hotels in Bodrum und Marmaris evakuiert. Die Zahl der Waldbrände sank inzwischen von 107 auf fünf, da die meisten erfolgreich eingedämmt wurden.

Die radikale Initiative "Kinder des Feuers" verübt seit einigen Jahren immer wieder Brandanschläge in Wäldern der Türkei als Reaktion auf die Regierungspolitik gegen die kurdische Bewegung und die PKK.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/61080419b480cc64a24d5d7b.jpg>

**snanews.de: EU begrüßt polnisches Visum für weißrussische Sportlerin Timanowskaja**

Die EU-Kommission hat sich am Montag solidarisch mit der weißrussischen Athletin Kristina Timanowskaja gezeigt und die Unterstützung durch Mitgliedsstaaten begrüßt.

„Wir drücken gegenüber Kristina Timanowskaja unsere volle Solidarität aus und unsere Achtung vor den Mitgliedsstaaten, die ihr Unterstützung angeboten haben. Und wir begrüßen, dass Polen ihr ein humanitäres Visum ausgestellt hat“, sagte Kommissionssprecherin Nabila Massrali.

Sie betonte zudem, es bestehe die Möglichkeit, dass Timanowskaja den Asyl-Status erwerben könnte.

„Die nationalen Behörden entscheiden über die Verleihung eines Flüchtlingsstatus oder die Gewährung des internationalen Schutzes in einer anderen Form, aber wir sind der Ansicht, dass in einer solchen Situation alle Bedingungen für eine solche Beschlussfassung vorhanden sind“, sagte die Sprecherin.

Zuvor wurde bekannt, dass Timanowskaja ein humanitäres Visum Polens erhalten hat.

Der Staatssekretär für europäische Angelegenheiten, Clément Beaune, erklärte am Montagmorgen, dass die EU die Möglichkeit prüfen werde, Timanowskaja, die auf die Rückreise in die Heimat verzichtet habe, politisches Asyl zu gewähren.





[https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/02/3058627\\_0:52:3457:1997\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_9a76d7f7069351317f8ed1b4cc0fe0c0.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/02/3058627_0:52:3457:1997_1920x0_80_0_0_9a76d7f7069351317f8ed1b4cc0fe0c0.jpg)

### Armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Der fortgesetzte Beschuss des Territoriums der Republik durch ukrainische Einheiten zeugt vom vollständigen Verlust der Kontrolle von Seiten des Kommandos der BFU über die Aktivitäten der untergebenen Einheiten.

Heute ereignete sich ein weiterer Fall, der deutlich den Zynismus und die Unkontrolliertheit der Aktivität der Kämpfer der BFU demonstriert. So haben Strafruppen eines Panzergrenadierbataillons der 128. mechanisierten Brigade auf persönlichen Befehls des Kriegsverbrechers Gontscharuk von den Positionen im Gebiet von Gnutowo aus das Feuer mit automatischen Granatwerfern auf ein Wohngebiet von Kominternowo eröffnet. Infolge der verbrecherischen Handlungen wurden zwei friedliche Einwohner unserer Republik verletzt:

ein Frau, geb. 1964 – Splitterverletzung im Wirbelsäulenbereich und am linken Unterschenkel;

ein Mann, geb. 1963 – Splitterverletzung am linken Sprunggelenk.

Die Verletzten befinden sich inzwischen im zentralen Bezirkskrankenhaus von Nowoasowsk, wo sie die notwendige ärztliche Behandlung erhalten.

Nach den Worten der Verletzten hörte diese unmittelbar vor der Verletzung das Geräusch einer über dem Kopf fliegenden Drohne und meint aus diesem Grund, dass ihre Verletzung das Ergebnis des Abwurfs eines Geschosses von einer Kampfdrohne des Gegners ist.

Die genauen Umstände des Geschehens werden noch untersucht.

Der Verstoß wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen und Fälle von Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Entsprechend Punkt „e“ der Maßnahmen waren die Einheiten der Volksmiliz der DVR zum Schutz der Zivilbevölkerung vor Beschüssen der ukrainischen Kämpfer gezwungen, das **Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen zur Unterdrückung der Feueraktivität des Gegners zu erwidern.**

Nach vorläufigen Informationen betragen die Verluste des Gegners zwei Mann.

Wir rufen unsererseits die internationalen Beobachter auf, diese verbrecherischen Handlungen der Ukraine, ihren Terror gegen die friedliche Bevölkerung des Donbass zu erfassen sowie auf die ukrainische Seite einzuwirken, die zielgerichteten Versuche, die Lage zu destabilisieren, einzustellen.

de.rt.com: **US-Politiker legt Kongress Bericht über Laborleck-Theorie zu COVID-19 vor**  
Der US-Republikaner Michael McCall behauptet, das Coronavirus sei möglicherweise vor

dem 12. September 2019 aus dem Wuhan-Labor entwichen. Schlüssige Beweise hat er nicht. In seinem Bericht fordert er den Kongress auf, eine gemeinsame Untersuchung durchzuführen.

Michael McCall, ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses im US-Repräsentantenhaus, hat einen Bericht veröffentlicht, in dem er sich für die Theorie eines Labor-Ursprungs von COVID-19 ausspricht. Der Republikaner fordert beide Parteien im Kongress auf, eine gemeinsame Untersuchung durchzuführen. Dies gab Fox News am Montag bekannt. In McCalls Bericht heißt es:

"Wir glauben, dass es an der Zeit ist, die Annahme aufzugeben, dass der Fischmarkt der Ursprung des Virus war. Die überwältigenden Beweise deuten darauf hin, dass sich das Virus nach einem Zwischenfall vor dem 12. September vom Institut für Virologie in Wuhan aus verbreitet hat."

In dem Bericht wird zudem behauptet, dass das Institut für Virologie in Wuhan möglicherweise an genetisch veränderten Viren gearbeitet hat. Das Dokument weist auf mögliche Sicherheitsprobleme in diesem Forschungszentrum hin. Die Autoren des Gutachtens weisen darauf hin, dass das Institut im Sommer 2019 eine Ausschreibung für Fachkräfte für die Modernisierung von Luftdesinfektionsanlagen, Sondermüllbehandlung und Lüftung geschaltet hatte.

Laut der Zeitung The Hill behaupten die Autoren des Berichts nicht, schlüssige Beweise zu haben. Ihr Ziel sei es, eine gesetzgeberische Antwort auf Chinas Maßnahmen vorzubereiten. Die Autoren fordern die Einführung von Sanktionen gegen Wissenschaftler des Instituts und Vertreter der Kommunistischen Partei Chinas, die für Maßnahmen in den frühen Stadien der COVID-19-Ausbreitung verantwortlich waren.

Im Juli hatte WHO-Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus bekannt gegeben, dass sich seine Organisation auf die zweite Phase der Untersuchung des Ursprungs des Coronavirus SARS-CoV-2 vorbereiten würde. Später räumte er ein, dass die Ausbreitung von COVID-19 auf einen Vorfall im Wuhan-Labor zurückzuführen sein könnte. Auch US-Geheimdienste überprüfen die Laborleck-Theorie, können aber noch keine abschließenden Ergebnisse vorlegen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6107db5148fbef0d10176f2f.JPG>

snanews.de: **USA weisen 24 russische Diplomaten aus – Botschafter**

Die USA weisen laut Botschafter Anatoli Antonow weitere 24 russische Diplomaten aus. „Der russischen Botschaft liegt eine Liste der Diplomaten vor, die die USA wegen abgelaufener Visa bis zum 3. September zu verlassen haben“, sagte Antonow in einem Interview für „National Interest“.

Der Text der Publikation ist auf der Facebook-Seite der russischen diplomatischen Mission gepostet.

„Die russischen Diplomaten sehen sich gezwungen, in den USA unter den Bedingungen beispielloser Einschränkungen zu arbeiten. Obwohl die Administration von Präsident Joe Biden auf die Notwendigkeit verweist, stabile und berechenbare Beziehungen zu Russland zu entwickeln“, sagte Antonow.

Den Angaben zufolge werden fast alle ausgewiesenen Mitarbeiter nicht durch andere Diplomaten ersetzt, weil Washington die Erteilung von Visa plötzlich erschwert habe.

„Die US-Behörden annullieren auch gültige Visa für Familienmitglieder der Diplomaten - ohne jegliche Begründung – und haben es nicht eilig, Einreisegenehmigungen zu verlängern“, sagte der russische Botschafter.

„Als Folge können rund 60 meiner Kollegen mit ihren Familien (insgesamt 130 Personen) selbst bei dringlichen humanitären Umständen nicht in die Heimat fliegen“, beschwerte sich Antonow.



[https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/02/3058970\\_0:0:3014:1696\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_4d3f69baa0fc52a7f5f2b26fa8346670.jpg](https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/02/3058970_0:0:3014:1696_1920x0_80_0_0_4d3f69baa0fc52a7f5f2b26fa8346670.jpg)

#### de.rt.com: **EU stellt 800.000 Euro für Studientage in der Ukraine bereit**

Die diplomatische Vertretung der EU in der Ukraine fördert mit viel Geld die Organisation "proeuropäischer" Projekte. Besonders das Online-Angebot von EU-Studientagen soll erweitert werden. Neue Zielgruppen sind Schüler und Gymnasiasten.

Die Delegation der Europäischen Union (EU) in der Ukraine hat eine Ausschreibung für die Organisation von EU-Studientagen in der Ukraine veröffentlicht. Darüber informierte sie am 30. Juli in einer Pressemitteilung.

Laut Beschreibungstext sind die Veranstaltungen Projekte für Studenten und Arbeitsbesuche. Dieses Mal sei das Ziel, die Kompetenzen proeuropäischer junger Menschen zu erweitern.

Zudem solle das Angebot der EU-Studientage in der Ukraine vergrößert werden.

Konkret ist die Rede davon, eine Online-Universität zu entwickeln und zu betreiben, virtuelle Klassenzimmer einzurichten, Webinare zu organisieren sowie neue Online- und Offlineformate bereitzustellen. Gymnasiasten und Schulkinder seien als neue Zielgruppen zu erschließen.

Das Projekt der EU-Studientage in der Ukraine läuft seit 2013 und wurde bisher von Studenten und Hochschulabsolventen besucht. In der aktuellen Ausschreibung stehen 800.000 Euro zur Verfügung.

#### **Abgeschlossene Projekte 2021**

Auf der Facebook-Seite der EU-Studientage in der Ukraine stellten die Organisatoren drei Projekte vor, die in diesem Jahr bereits abgeschlossen wurden. Das erste heißt "Medizin gegen die Infodämie" und beschäftigte sich mit Medienkompetenz beim Thema COVID-19 und Impfungen.

Das zweite vorgestellte Projekt half laut eigenen Angaben den Teilnehmern, die Werte und



Kultur Europas besser zu verstehen. Zudem stellte das Programm die Ausbildung an Universitäten in der EU vor. Das dritte Projekt beantwortete grundsätzliche Fragen zu den Themen Toleranz, Freiheit und europäische Werte und begründete, warum diese wichtig seien.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6107b87648fbef0d70507d1d.jpg>

**vormittags:**

de.rt.com: **Russischer Geheimdienst-Chef: Ehemalige westliche Agenten an Bellingcat beteiligt**

Sergei Naryschkin, der Leiter des russischen Auslandsgeheimdienstes, hat erklärt, bei dem internationalen investigativen Recherchenetzwerk Bellingcat seien ehemalige Geheimdienstler tätig. Zudem wirft Naryschkin Bellingcat vor, unehrliche Methoden anzuwenden.

Bellingcat sei ins Leben gerufen worden, um Druck auf bestimmte Länder, Organisationen und Einzelpersonen auszuüben, und bestehe aus ehemaligen Mitgliedern westlicher Geheimdienste, so Sergei Naryshkin, der Chef des russischen Auslandsgeheimdienstes (SWR). Naryschkin präzisierte, dass Mitarbeiter von Bellingcat bei ihrer Arbeit unehrliche Methoden einsetzen würden:

"Sie sind bereit, jede Aufgabe zu erfüllen, weil sie es für Geld tun, nicht uneigennützig." Naryshkin unterstrich, man solle Bellingcat keinen Glauben schenken, da die Informationen, die in vielen Fällen verwendet würden, falsch seien, nicht überprüft würden und eigenen Zwecken dienen.

Bellingcat wurde im Jahr 2014 als eine sogenannte Geheimdienstagentur für das Volk gegründet und ist an vorderster Linie an Dutzenden von skandalösen Geschichten beteiligt, in denen eine pro-westliche Berichterstattung verbreitet wird.

Im Jahr 2014 beschuldigte Bellingcat Russland, ein Passagierflugzeug über der Ukraine abgeschossen zu haben. Überdies warf Bellingcat Russland Einmischung in ausländische Wahlen und die Sprengung eines tschechischen Waffendepots vor. Nachdem Bellingcat bereits im Jahr 2018 Russland für einen angeblichen Giftanschlag auf Sergei Skripal verantwortlich gemacht hatte, veröffentlichte die Organisation im vergangenen Jahr einen Bericht über die mutmaßliche Vergiftung Alexei Nawalnys durch Agenten des Kreml. Moskau wies diese Vorwürfe als vorsätzliche Provokation zurück. Der russische Inlandsgeheimdienst FSB erwiderte, diese Untersuchung sei ohne die organisatorische und technische Unterstützung ausländischer Geheimdienste nicht möglich gewesen.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2021.08/article/6107ecaeb480cc411e37d5d2.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 2. August 2021 wurden vier Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Beschossen wurden **Shelobok, Moldjoshnoje, Kalinowo** und **Solotoje-5** unter Einsatz von Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen. Insgesamt wurden **18 Granaten** abgefeuert.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

#### snanews.de: **Afghanische Regierung spricht von Bereitschaft zu Frieden mit Taliban und nennt Bedingungen dafür**

Die afghanische Regierung ist nach der Erfüllung einer Reihe von Bedingungen bereit, Verhandlungen über den Frieden mit Anhängern der Taliban-Bewegung zu führen. Dies erklärte der Außenminister Afghanistans, Mohammad Hanif Atmar, gegenüber der russischen Zeitung „Iswestija“.

„Wir sind bereit, mit den Taliban zu arbeiten, bereit, sie in die Regierung zu nehmen, bereit zum Frieden mit ihnen und zur Machtverteilung mit ihnen. Und wir stellen nicht so viele Bedingungen dafür“, so der afghanische Außenminister.

Das Wichtigste sei, dass die Zukunft des Landes durch freie Willenserklärung der Bürger entschieden werde. Außerdem sollte es keine Bedrohung für andere Länder an den Außengrenzen Afghanistans geben.

„Unsere Regierung ist bereit, die Taliban als eigenen Teil unter jener Bedingung akzeptieren, dass sie die Unterstützung des Terrorismus stoppen“, betonte der Diplomat.

Er verwies unter anderem darauf, dass die Bewegung in der Vergangenheit eng mit Al-Qaida und einer Reihe anderer Terror-Organisationen in Ländern Zentralasiens, China und Russland kooperiert habe.

„Sie arbeiten jetzt aktiv mit ihnen, und es gibt keinen Grund, aus dem sie nicht in Zukunft auch so agieren werden. Und es ist ein großer Fehler, zu denken, dass Afghanistan mit den Taliban an der Spitze nicht zum Asyl für internationale Terroristen und zur Bedrohung für die Nachbarländer werden wird (...).“

Der Außenminister begrüßte die Versuche ausländischer Staaten, den Dialog mit den Taliban zu regeln, falls diese Bemühungen unternommen würden, um die Kämpfer von der Notwendigkeit des Friedens und der politischen Regelung zu überzeugen, und nicht um die Taliban zu ermutigen, „die Gewalt und die Zusammenarbeit mit den ausländischen Terroristen fortzusetzen“.

Die Zusammenstöße zwischen Regierungstruppen und der radikal-islamistischen Taliban-

Bewegung verschärften sich nach der Ankündigung von US-Präsident Joe Biden am 14. April, den US-Einsatz in Afghanistan – den längsten US-Einsatz im Ausland – zu beenden. Die Taliban haben in ländlichen Gebieten bereits bedeutende Gebiete erobert und eine Offensive gegen Großstädte gestartet. Mehr als 95 Prozent der US-Truppen haben das Land bereits verlassen. Schluss mit dem US-Einsatz sollte ursprünglich am 11. September sein, doch laut Biden endet die Mission etwas früher, nämlich am 31. August.

Im Jahr 2020 unterzeichneten Washington und Vertreter der Taliban das erste Friedensabkommen seit mehr als 18 Jahren Krieg. Es sieht den Abzug ausländischer Truppen und den Beginn eines interafghanischen Dialogs nach einem Gefangenenaustausch vor.



[https://cdn.snaneews.de/img/07e5/07/0f/2843802\\_0:151:2982:1828\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_b8d957cd846af2ff68d7e79f4ae43199.jpg](https://cdn.snaneews.de/img/07e5/07/0f/2843802_0:151:2982:1828_1920x0_80_0_0_b8d957cd846af2ff68d7e79f4ae43199.jpg)

### **dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 2. August 3:00 Uhr bis 3. August 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 5.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

*Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).*

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Wesjoloje, Kominternowo.**

Gestern wurden durch Beschuss von Seiten der BFU **zwei Zivilisten in Kominternowo verletzt:**

ein Frau, geb. 1964 – Splitterverletzung am Wirbelsäulenbereich und am linken Unterschenkel;

ein Mann, geb. 1963 – Splitterverletzung am linken Sprunggelenk.

Die Verletzten haben die notwendige ärztliche Behandlung erhalten.

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein.

**Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 34.**

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden zwei Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snaneews.de: **Leiche von vermisstem weißrussischem Aktivist in Kiewer Park gefunden**

Der Chef der Organisation „Belarussisches Haus in der Ukraine“ ist einen Tag nach seinem Verschwinden in einem Park der ukrainischen Hauptstadt Kiew tot aufgefunden worden. Dies teilte am Dienstag die ukrainische Polizei mit.

Der weißrussische Bürger Witali Schischow wurde demnach erhängt in einem Kiewer Park entdeckt.

„Das Handy und persönliche Gegenstände von Witali wurden vor Tatort beschlagnahmt“, so die Polizei.

Die Behörde habe ein Strafverfahren nach Paragraph „Mord“ eingeleitet und werde alle Versionen prüfen. Die Polizei schließt nicht aus, dass es sich um Mord handeln könne, der als Suizid getarnt war.

Derzeit plant die Polizei, Zeugen zu verhören, Überwachungskameraaufnahmen zu analysieren sowie Expertisen und Ermittlungsexperimente durchzuführen.

Zuvor hatte die Organisation „Weißrussisches Haus in der Ukraine“ via Telegram mitgeteilt, dass Schischow verschwunden sei, nachdem er am Montagmorgen nicht von einer Joggingrunde zurückgekehrt war.

„Weißrussisches Haus in der Ukraine“ ist laut eigenen Angaben eine nicht kommerzielle öffentliche Organisation. Gegründet wurde sie, um weißrussischen Bürgern und „allen Betroffenen“ zu helfen, die von weißrussischen Behörden verfolgt werden.



[https://cdn.snanews.de/img/07e5/07/07/2749764\\_0:257:3183:2047\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_cb5aca7b59e01964d227ea90eca2ebc6.jpg](https://cdn.snanews.de/img/07e5/07/07/2749764_0:257:3183:2047_1920x0_80_0_0_cb5aca7b59e01964d227ea90eca2ebc6.jpg)

### de.rt.com: **Balkonien statt Riviera: 35 Millionen EU-Bürger können sich keine Urlaubsreisen leisten**

Eine Woche zu verreisen ist für Millionen EU-Bürger mittlerweile unerschwinglich. Unter den Millionen Geringverdienern liegt der Anteil sogar bei fast 60 Prozent. In Deutschland ist für 4,3 Millionen Bürger Urlaub ein unerschwinglicher Luxus.

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) veröffentlichte eine Studie, die die wachsende Ungleichheit innerhalb der Europäischen Union daran deutlich macht, wie viele Bürger sich keinen Urlaub leisten können. Daten von Eurostat dienten als Basis für die Studie.

Das Ergebnis war ernüchternd: Insgesamt 28 Prozent der EU-Bürger, die 16 Jahre und älter sind, verfügen nicht über die notwendigen finanziellen Mittel, um in Urlaub zu fahren.

Besonders betroffen sind die Menschen in Griechenland, gefolgt von Rumänien, Kroatien und Zypern. In Italien ist für sieben Millionen Menschen Urlaub ein unerschwingliches Luxusgut, in Deutschland liegt die Zahl bei 4,3 Millionen. Zwar werden Arbeitslose und Rentner mit in diese Zählung einbezogen, aber es sind auch Millionen Arbeitnehmer mit Niedriglöhnen betroffen.

In mindestens 16 Ländern der Europäischen Union sind Arbeitnehmer derzeit von Armut



bedroht. Die Armutsgefährdung beginnt bei einem Einkommen von weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens.

Die stellvertretende Generalsekretärin des EGB Esther Lynch sagte über das Resultat: "Ein Urlaub sollte kein Luxus für ein paar wenige sein. Während viele Arbeiter verreisen und die Zeit mit Freunden und Familie genießen, kommen Millionen aufgrund niedriger Löhne zu kurz. Der Anstieg der Urlaubsungleichheit zeigt, dass die Vorteile des Wirtschaftswachstums in Europa in den letzten Jahren nicht gerecht verteilt wurden."

Zwar habe sich der Zugang zu Urlaubsreisen in den letzten zehn Jahren verbessert, aber für die "Mehrheit der einkommensschwachen Familien" bleibt eine Urlaubsreise eine Wunschvorstellung. Die EU will dem Problem mit Mindestlöhnen begegnen, die festlegen, dass ein Einkommen nie weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens betragen darf. Von dieser Änderung würden 24 Millionen Menschen innerhalb der EU profitieren. Verbindlich würden die neuen Richtlinien aber nur für 21 der 27 EU-Mitgliedsstaaten werden, die einen gesetzlichen Mindestlohn haben. In Schweden, Österreich, Zypern, Finnland, Italien und Dänemark gibt es keinen gesetzlichen Mindestlohn.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/61081d3db480cc646d2d8034.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 2. August um 9:00 Uhr 6763 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 5375 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 612 Todesfälle.

snanews.de: **RDIF: EU erkennt Sputnik V-Impfzertifikate von San Marino an**

Die EU-Kommission hat die Impfzertifikate von mit „Sputnik V“ geimpften Bürgern in San Marino anerkannt, teilte der Russische Direktinvestitionenfonds (RDIF) im Twitter-Account des Impfstoffs mit.

„Das Impfzertifikat von San Marino ist nun in der EU und im Schengenraum gültig“, hieß es am Dienstag.

In einer Pressemitteilung gab die EU-Kommission an, dass Impfzertifikate von San Marino und dem Vatikan nun dem digitalen COVID-Zertifikat der Europäischen Union entsprechen. Die genauen Impfstoffe wurden dabei nicht genannt.

„Ich freue mich zu sehen, dass immer mehr Länder ein System implementieren, das auf dem digitalen COVID-Zertifikat der EU basiert. Wir unternehmen aktive Schritte, um von Drittstaaten ausgestellte Zertifikate anzuerkennen“, sagte Didier Reynders, EU-Kommissar für Justiz.

**Impfkampagne in San Marino**

Am 19. Februar hatte San Marino nach Ungarn und Montenegro als eines der ersten Länder in



Europa „Sputnik V“ für den Notfall zugelassen.

Zuvor hatte der RDIF mitgeteilt, dass Lieferungen des russischen Impfstoffs „Sputnik V“ es San Marino ermöglicht hätten, als erstes Land in Europa das Coronavirus zu besiegen. Auch die Gesundheitsbehörden von San Marino hatten gesagt, dass vor allem die weit verbreitete Impfung mit „Sputnik V“ der Grund für ihren Erfolg sei. Nach Angaben des Instituts für soziale Sicherheit wurde der russische Impfstoff für etwa 90 Prozent der Impfungen im Land genutzt.



[https://cdn.snanews.de/img/07e5/06/07/2404250\\_0:156:2687:1667\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_eada709dcd236f3f5c3d8b37e8da2e5f.jpg](https://cdn.snanews.de/img/07e5/06/07/2404250_0:156:2687:1667_1920x0_80_0_0_eada709dcd236f3f5c3d8b37e8da2e5f.jpg)

Mzdnr.ru: Am 2. August wurden in der DVR 951 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 291 positiv, bei 62 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

Am 3. Aug um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 48.512 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

4468 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 40.409 als gesund entlassen, es gibt 3635 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 178 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 88 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 121 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1741 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 734 mit Sauerstoffunterstützung (+56 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2111 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

#### snanews.de: **Medienberichte: Großbritannien erwägt mehrere Optionen gegen Iran im Öltanker-Vorfall**

Die britische Regierung erwägt internationalen Medien zufolge eine „Reihe von Optionen“ gegen den Iran, der eines Drohnenangriffs auf das Tankschiff „Mercer Street“ beschuldigt wird.

Ein Cyberangriff wäre am wahrscheinlichsten; dies erklärte eine hochrangige Quelle aus dem Verteidigungsbereich im Gespräch mit der Zeitung „The Sun“.

Sie erklärte: „Niemand wird das hier sehen, aber sie werden keine Zweifel haben, dass man keinen Briten unkontrolliert töten darf.“

In der Nacht zum Montag hatte sich Berichten zufolge ein Team der britischen Special Forces auf den Weg gemacht, um die Untersuchung des Vorfalls vorzunehmen.

Britische Kommandeure arbeiten daran, einen Angriff gegen das angeblich vom Iran unterstützte „Terrorteam“ vorzubereiten, berichtet das Blatt „The Mirror“. Der israelische Geheimdienst habe das Gebiet festgestellt, von dem die Attacke vermutlich ausgegangen war.

„Dies hat einen Wendepunkt erreicht, ab dem die iranischen Handlungen nicht länger fortgesetzt werden dürfen“, sagte ein ehemaliger Offizier des britischen Militärgeschichtsdienstes. „Britische Spezialeinheiten sind seit einiger Zeit über Geiselnahmen auf hoher See besorgt, werden aber eine aggressivere Haltung gegenüber iranischen Vertretern einnehmen.“

Die Attacke auf die „Mercer Street“ wurde vom britischen Außenminister Dominic Raab als bewusst, gezielt und gesetzwidrig bezeichnet. Großbritannien arbeite mit seinen internationalen Partnern an einer konzentrierten Antwort auf diesen unzulässigen Angriff, so der Außenminister.

Der iranische Botschafter in Großbritannien, Mohsen Baharvand, war am Montag ins britische Außenministerium einbestellt worden, nachdem London und Washington Teheran eine Attacke gegen den Tanker „Mercer Street“ in der vergangenen Woche angelastet hatten. Der Angriff auf den Öltanker mit israelischem Besitzanteil forderte zwei Todesopfer. Baharvand wurde dazu aufgerufen „mit den Handlungen, die den internationalen Frieden und die Sicherheit bedrohen“ unverzüglich aufzuhören. Der Iran hat seine Teilnahme an der Attacke dementiert.



[https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/03/3063148\\_0:31:1920:1111\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_3984b1a21e49e37f5798e950e0641b48.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/03/3063148_0:31:1920:1111_1920x0_80_0_0_3984b1a21e49e37f5798e950e0641b48.jpg)

### **nachmittags:**

sputnik.by: **Elvira German wird die olympische 4x400-Staffel nicht aufgeben**

Sie erklärte, sie wolle ihre Teamkollegen zu unterstützen, die "trainiert und eine Chance verdient haben, bei den Spielen zu laufen".

Elvira German, Europameisterin im 100-Meter-Hürdenlauf, sagte, sie werde den Start in der 4x400-Meter-Staffel bei den Olympischen Spielen in Tokio nicht verweigern.

"Ich werde die Staffel nicht aufgeben. Ich respektiere die Mädchen, sie haben sich darauf vorbereitet, sind hierher gekommen und haben eine Chance verdient, im Olympiastadion zu laufen", schrieb die Athletin im sozialen Netzwerk.

Elvira German wurde in die Mannschaft aufgenommen, da Anna Michailowa und Kristina Muljartschik aufgrund zu weniger Dopingkontrollen nicht starten durften.

Die Trainer ersetzten sie durch die Hürdenläuferin Elvira German und die Sprinterin Kristina Timanowskaja. Die auf Distanzen von 100 und 200 Metern spezialisierte Athletin äußerte in sozialen Netzwerken öffentlich Unzufriedenheit, die zu einem Skandal und dem Ausschluss der Läuferin von weiteren Wettkämpfen führte.

Zusammen mit Herman werden Julia Blisnez, Asteria Uso Limaj und Alexandra Chilmanowitsch die 4x400-Meter-Staffel laufen. Das Trio, dem sich die beste weißrussische Hürdenläuferin anschloss, war ursprünglich in die Auswahl der Nationalmannschaft aufgenommen worden. Diese Sportlerinnen sind auf 400 Meter spezialisiert. Die

Qualifikationsrennen (Halbfinale) werden am 5. August ausgetragen, das Finale ist für nächsten Samstag geplant.



[https://cdn11.img.sputnik.by/img/103592/79/1035927910\\_0:60:1201:735\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_b\\_e3fc00b41be67a99fc18cbd07e22e77.jpg](https://cdn11.img.sputnik.by/img/103592/79/1035927910_0:60:1201:735_1920x0_80_0_0_b_e3fc00b41be67a99fc18cbd07e22e77.jpg)

**dnr-sckk.ru: Die gestern durch Beschuss in Kominternowo verletzte Frau, geb. 1964, starb heute um 10:15 Uhr im Krankenhaus von Nowoasowsk an ihren Verletzungen.**

**de.rt.com: Russland weist estnischen Diplomaten aus**

Moskau verweist einen estnischen Diplomaten des Landes. Er soll Russland binnen einer Woche verlassen. Die Maßnahme wird mit dem Gegenseitigkeitsprinzip begründet, nachdem Estland einen Mitarbeiter der russischen Botschaft zur unerwünschten Person erklärt hatte. Am Dienstag hat das russische Außenministerium den estnischen Botschafter in Moskau einbestellt, um ihm eine Protestnote zu überreichen. Margus Laidre wurde dort unter anderem darüber informiert, dass ein Mitarbeiter der diplomatischen Vertretung des EU-Landes zur unerwünschten Person erklärt worden sei und Russland innerhalb einer Woche zu verlassen habe. Das russische Außenministerium begründete die Maßnahme mit dem sogenannten Gegenseitigkeitsprinzip und riet der estnischen Seite, die ohnehin zugespitzte Situation nicht weiter eskalieren zu lassen:

"Widrigenfalls wird eine neue entschiedene Antwort des Außenministeriums der Russischen Föderation folgen. Dabei wird die estnische Seite voll und ganz die Verantwortung für die Verschlechterung der bilateralen Beziehungen tragen."

Am 6. Juli hatte der russische Inlandsgeheimdienst FSB den estnischen Konsul in Sankt Petersburg auf frischer Tat festgenommen, als er öffentlich nicht zugängliche Informationen überreicht bekam. Mart Lätte wurde zur unerwünschten Person erklärt und des Landes verwiesen. Die Regierung in Tallinn bezeichnete dies als Provokation und wies am 15. Juli als Reaktion einen russischen Diplomaten aus.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6109256d48fbef27a859846a.jpg>

snanews.de: **China kommentiert Entsendung der Fregatte „Bayern“: „Zusammenarbeit statt Konfrontation“**

Die deutsche Fregatte „Bayern“ ist auf dem Weg in das Südchinesische Meer. Das hat China zur Kenntnis genommen. Peking ruft Berlin dazu auf, sich „nicht nur verbal“ zum Multilateralismus zu bekennen. Das hat die chinesische Botschaft in Berlin auf SNA-Anfrage mitgeteilt.

„Wir haben an die deutsche Seite immer wieder appelliert, bei der Durchfahrt im Südchinesischen Meer das Völkerrecht einzuhalten, die Souveränität, Rechte und Interessen der Anrainerstaaten zu respektieren und alles zu unterlassen, was Frieden und Stabilität in der Region beeinträchtigen würde.“ Das erklärte die Botschaft der Volksrepublik China in Deutschland gegenüber SNA News auf Anfrage.

Angesichts ungewisser Aussichten bei der Covid-19-Pandemie und einer wirtschaftlichen Erholung setze China auf „gegenseitigen Respekt und Zusammenarbeit statt Misstrauen und Konfrontation“. Peking erwartet diesbezüglich, dass die Bundesrepublik weiterhin eine konstruktive Rolle bei der Bewältigung globaler Herausforderungen spielt, heißt es aus der diplomatischen Vertretung Chinas.

Zudem erwartet Peking, „dass die EU einschließlich Deutschland sich nicht nur verbal zum Multilateralismus bekennt, sondern den Multilateralismus auch klar definiert“. Aus Chinas Sicht könne ein „echter Multilateralismus“ nichts anderes bedeuten als das internationale System mit den Vereinten Nationen im Zentrum und die auf der UN-Charta basierten Grundnormen der internationalen Beziehungen.

**Deutsches Kriegsschiff mit Ziel Pazifik**

Am Montag um 14 Uhr hat die Fregatte „Bayern“ in Wilhelmshaven mit Ziel Indopazifik abgelegt. Etwa ein halbes Jahr soll das Kriegsschiff mit mehr als 230 Besatzungsmitgliedern unterwegs sein. Während ihres Einsatzes sollen sie mehrere Häfen in Partnerländern anlaufen und an internationalen Missionen teilnehmen.

Die Fregatte soll unter anderem die Nato-Mission „Sea Guardian“ zur Stärkung der maritimen Sicherheit im Mittelmeerraum sowie die EU-Operation „Atalanta“ zur Bekämpfung der Piraterie am Horn von Afrika unterstützen. Sie soll den Angaben nach zudem das Südchinesische Meer durchfahren.

Bei der Verabschiedung der Fregatte sagte Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer: „Unser Engagement im Indopazifik bedeutet, nicht gegen etwas oder jemanden zu sein, sondern gemeinsam für etwas einzustehen.“ Auch gegenüber der Volksrepublik habe die Bundesregierung einen Besuch angeboten, um im Dialog zu bleiben, so die Ministerin. Ob es tatsächlich zu einem Besuch kommt, blieb zunächst unklar.





[https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/03/3068054\\_0:120:1280:840\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_6868bbe789d6ac21db6e98e84e086ec4.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/03/3068054_0:120:1280:840_1920x0_80_0_0_6868bbe789d6ac21db6e98e84e086ec4.jpg)

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 03.08.2021**  
**In den letzten 24 Stunden** wurden **fünf Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Gorlowka** haben Straftruppen des 109. Bataillons der 10. Brigade von den Positionen im Gebiet von Leninskoje aus **die Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit einem automatischen Granatwerfer beschossen und 20 Granaten abgefeuert.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer des 13. Panzergrenadierbataillons der 58. Brigade von den Positionen im Gebiet von Opytnoje aus dreimal **Wesjoloje** unter Einsatz von 82mm-Mörsern, Unterlaufgranatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Straftruppen eines Panzergrenadierbataillons der 128. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Gontscharuk von den Positionen im Gebiet von Gnutowo aus **Kominternowo** beschossen und drei Granaten mit automatischen Granatwerfern abgefeuert.

Infolge der verbrecherischen Handlungen wurden **zwei Einwohner unserer Republik verletzt:**

ein Mann, geb. 1963 – Splitterverletzung am linken Sprunggelenk;

eine Frau, geb. 1964 – Splitterverletzung im Wirbelsäulenbereich, am linken Unterschenkel, mit Trauer teilen wir mit, dass **die Verletzte im Krankenhaus von Nowoasowsk an ihren Verletzungen starb.**

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und Fälschungen von Daten über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern..

Der Versuch der Vertretung der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurde ein weiteres Mal von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

Einheiten der Volksmiliz der DVR waren entsprechend Punkt „e“ der Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung vor Beschuss der ukrainischen Kämpfer **gezwungen, das Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen zu erwidern, um die Feueraktivität des Gegners zu unterdrücken.**

Nach vorläufigen Informationen betragen die Verluste des Gegners zwei Mann.

Wir rufen unsererseits die internationalen Beobachter auf, diese verbrecherischen Handlungen der Ukraine, ihren Terror gegen die friedliche Bevölkerung des Donbass zu registrieren sowie



auf die ukrainische Seite einzuwirken, die zielgerichteten Versuche, die Lage zu destabilisieren, einzustellen.

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen drei Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 128. Gebirgssturmbrigade:

ein Schützenpanzerwagen auf dem Gebiet eines Objekts am Rand von Sartana;

ein gepanzertes Aufklärungs- und Spähfahrzeug in einem Wohngebiet von Mariupol.

**Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission.** So hat der Gegner, um die Erfassung von Verstößen von Seiten der 72. und 128. Brigade zu verhindern, Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 305. und 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle während der Flüge von Drohnen der OSZE-Mission in den Gebieten von Troizkoje und Talakowka zu blockieren. Dies erlaubte es den Beobachtern der OSZE-Mission nicht, die von den Kämpfern der ukrainischen Streitkräfte stationierten verbotenen Waffen und die Verletzungen des Regimes der Feueinstellung zu erfassen. Alle Fälle von Behinderung der Arbeit der OSZE-Mission werden auch im täglichen Bericht vom 02.08.2021 bestätigt.

In der Zone der Strafoperation wächst die Zahl der **nicht kampfbedingten Verluste** der ukrainischen Streitkräfte in der Regel im Ergebnis von Alkoholkonsum, vor allem an Feiertagen, weiter.

Obwohl die sogenannten ukrainischen Luftlandesoldaten eine Traditionen der Luftlandetruppen verraten und die Mützen in der Farbe des Himmels gegen blutige NATO-Mützen ausgetauscht haben, genießt der sowjetische Feiertag, der Tag der Luftlandetruppen weiter Popularität in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte.

So haben zwei ehemalige Luftlandesoldaten aus dem 1. Bataillon der 128. Brigade der ukrainischen Streitkräfte am 2. August in betrunkenem Zustand den Einwohner von Mariupol Samwel Wartanowitsch Minasjan, geb. 1991, verprügelt. Danach versuchten sie nicht, vom Ort des Geschehens zu fliehen und tranken weiter alkoholische Getränke. Nach den Worten von Augenzeugen wurden die Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte nach 15 Minuten von Freunden des Betroffenen umzingelt, in der Folge kamen beide Soldaten mit schweren Körperverletzungen in das 10. Stadtkrankenhaus von Mariupol. Am Ort des Geschehens eingetroffene Mitarbeiter der Polizei nahmen fünf örtliche Einwohner fest, es laufen Ermittlungen.

Dies war nicht der einzige Konflikts von Kämpfern der 128. Brigade mit der Bevölkerung in der letzten Woche.

Am 1. August gab es gegen Mitternacht zwischen Einwohnern von Tschermalyk und Strafsoldaten der ukrainischen Streitkräfte einen Konflikt auf der Straße, bei dem einer der Kämpfer eine Schusswaffe einsetzte. Er gab fünf Schüsse mit einer Stetschkin-Pistole auf den Boden ab. Dabei prallte eine der Kugeln ab und verletzte eine Einwohnerin. Die 19 Jahre alte junge Frau kam ins Krankenhaus.

Örtliche Einwohner nahmen die junge Frau in Schutz, sie nahmen dem Kämpfer die Waffe ab, um diesen zu retten, kamen dann 25 Kameraden.

In den Konflikt mischte sich die Polizei ein, die nicht zuließ, dass dieser sich weiter entwickelte.

deu.belta.by: **Belarus weist Anschuldigungen zurück, Migrationskrise an der litauischen Grenze verursacht zu haben**

Das belarussische Ministerium für auswärtige Angelegenheiten hat die Anschuldigungen der EU, die Migrationskrise an der litauischen Grenze verursacht zu haben, als unbegründet und widersprüchlich zurückgewiesen. Das geht aus einer Pressemitteilung des Außenministeriums

hervor.

„Das widerspricht der Realität. Wir haben alle Erklärungen sorgfältig gelesen und können darin weder einen echten Willen zur Lösung des Problems noch irgendeine Logik noch gesunden Menschenverstand erkennen. Das sind nur stereotype, unbegründete Anschuldigungen und Drohungen“, sagte der Pressesprecher Anatoli Glas.

Im Laufe des Jahres haben die EU-Beamten und die litauischen Behörden ein über viele Jahre hinweg aufgebautes System der Grenzzusammenarbeit zwischen Litauen und Belarus konsequent und absichtlich zerstört. So hat Litauen die Finanzierung des mit der EU unterzeichneten Rückübernahmeabkommens blockiert. Es hat einseitig Kontakte zu seinen zuständigen belarussischen Kollegen abgebrochen und demonstrativ alle in den bilateralen Abkommen vorgesehenen Beziehungen zur Strafverfolgung gekappt.

„Der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik hat uns haltlos beschuldigt und aus irgendeinem Grund die Tatsache ignoriert, dass Belarus seit April 2021 wiederholt und beharrlich über alle von Brüssel zur Verfügung gestellten Kanäle seinen Wunsch nach Konsultationen zu Migrationsfragen signalisiert hat. Und das in der Situation, in der die EU alle vereinbarten Kooperationsprogramme für Belarus ausgesetzt hat“, sagte der Sprecher.

Anatoli Glas betonte, dass die belarussischen Initiativen von der EU unbeantwortet geblieben sind. „Aus der EU wird heute keine einzige Stimme erhoben, die für den Dialog plädieren würde mit dem Ziel, Probleme gemeinsam zu lösen. Alle Redner schweigen unisono darüber, was die wahren Gründe für die massive und irreguläre Migration aus dem Irak und anderen Ländern sind, wo der Westen eigene Interessen hat. Flüchtlinge und Migranten gehen nicht nur in die Europäische Union und auch nicht nur über Belarus - es gibt viele andere Routen“, sagte er.

Laut dem Jahresbericht des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen „Global Report 2020“ stieg die Zahl der erzwungenen Migranten weltweit auf über 90 Millionen Menschen, darunter sind 21 Millionen Flüchtlinge. Davon wurden etwa 38 Prozent in Afrika, 20 Prozent im Nahen Osten, 12 Prozent in Asien, 12 Prozent in Lateinamerika und nur 10 Prozent in Europa registriert.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2021/000020\\_1628002860\\_57965\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000020_1628002860_57965_big.jpg)

**Mil-Inr.info: Pressekonferenz des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Oberleutnant A.N. Masejkin am 3. August 2021**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden vier Verletzungen des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

**In Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer des 15. Bataillons der 128. Brigade der ukrainischen Streitkräfte auf Befehl des Brigadekommandeurs Golschewskij von den

Positionen im Gebiet von Pritschepilowka aus **Shelobok** mit großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

Von den Positionen des 2. Bataillons der 24. Brigade im Gebiet von Katerinowka aus hat der Gegner auf Befehl Postupalskijs **Molodjoshnoje** mit einem Antipanzergranatwerfer und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

Kämpfer des 1. Bataillons der 24. Brigade haben von den Positionen im Gebiet von Solotoje-4 aus **Solotoje-5** mit Schusswaffen beschossen.

Von den Positionen im Gebiet von Troizkoje aus haben Kämpfer des 1. Bataillons der 30. Brigade in Ausführung eines verbrecherischen Befehls Sinewitschs **Kalinowo** mit einem Antipanzergranatwerfer und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen....

## de.rt.com: **Amtseinführung: Präsident Raisi will Zukunft des Irans nicht an Westen binden**

Der neu gewählte iranische Präsident Ebrahim Raisi hat angekündigt, gegen die Wirtschaftskrise, die hohe Inflation und die Korruption im Land vorzugehen. Er betonte in seiner Amtsantrittsrede, dass er die Zukunft des Landes nicht an den Westen binden wolle.

Der oberste Führer des Irans Ajatollah Ali Chamenei bestätigte am Dienstag die Wahl Ebrahim Raisis zum neuen Staatspräsidenten. An der Zeremonie in Teheran nahmen der scheidende Präsident Hassan Rohani und andere hochrangige iranische Politiker teil.

Der neue iranische Präsident, der dem konservativen Lager nahesteht, kündigte an, gegen die Wirtschaftskrise, die hohe Inflation und die Korruption im Land vorzugehen. Er versprach in seiner Amtsantrittsrede, Maßnahmen zu ergreifen, um die harten Sanktionen der Vereinigten Staaten aufzuheben. Raisi signalisierte, dass er die Gespräche über die Wiederherstellung des Atomabkommens des Landes von 2015 mit den Weltmächten fortsetzen werde, aus dem die USA einseitig vor etwa drei Jahren ausgetreten sind. Raisi betonte jedoch, dass er die Zukunft des Landes nicht an den Westen binden wolle, berichtete Press TV.

"Wir werden sicherlich versuchen, die tyrannischen Sanktionen aufzuheben, aber wir werden nicht die Lebensgrundlagen und die Wirtschaft der Menschen an die Aufhebung der Sanktionen oder den Willen der Ausländer binden."

Bei den jüngsten Präsidentschaftswahlen ging es grundsätzlich darum, ob der Iran einen Weiter-so-Kurs fahren oder einen anderen Weg einschlagen will. Der ehemalige Präsident Rohani, der dem reformistischen Lager nahesteht, hatte in seiner Amtszeit die Innenpolitik des Landes an die Außenpolitik geknüpft, was zu langwierigen Verhandlungen mit den westlichen Staaten über die Aufhebung der Sanktionen führte. Seitdem das multilaterale Atomabkommen 2015 aufgrund des einseitigen US-Austritts auf der Kippe steht, erwies sich diese Politik als unausgewogen.

Raisi sagte in seiner Rede, dass die Botschaft der Wähler klar gewesen sei. "Sie wollen eine Änderung des Status quo und einen Umbruch." Eine wichtige Mission für ihn sei, das Vertrauen der Iraner in die Politik wiederzugewinnen.

Die offizielle Amtseinführung Raisis erfolgt erst an diesem Donnerstag nach der Vereidigung im Parlament. Kurz danach will er sein neues Kabinett vorstellen. Der 60-Jährige, der der achte Präsident der Islamischen Republik Iran ist, gewann bei den Präsidentschaftswahlen am 18. Juni fast 62 Prozent der Stimmen und wird Hassan Rohani nachfolgen, der zwei vierjährige Amtszeiten das Amt innehatte.



<https://cdn.rttom.com/deutsch/images/2021.08/article/6109494948fbef2a5f40257d.jpg>